

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nach 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Anbestellungen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. monatlich. Abgabe 10 Pfg. Alle Postbestellungen sind zu adressieren an die Geschäftsstelle. In allen Fällen von Verzug, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Im Falle der Einstellung des Bezugspreises, — Rücksendung eingehender Briefe erfolgt nur, wenn Verzug vorliegt.



Angelagerter: Die 2 gepaltene Raumteile 20 Goldpremie, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpremie, die 2 gepaltene Raumteile im letzten Teil 100 Goldpremie. Redaktionsgebühren 20 Goldpremie. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 179. — 84. Jahrgang. Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 4. August 1925

Zinsterstes Mittelalter.

Eine englische Zeitung schreibt soeben, das Verhalten der Polen in der Optantenfrage erinnere an das finstere Mittelalter. Das ist ein Irrtum, ist fast eine Beleidigung für das Mittelalter. Derartige Völkerwanderungen in den erzwungenen zu haben, ist der neuesten Zeit vorbehalten geblieben, und gerade die Engländer haben am allerwenigsten Veranlassung, den Polen einen Vorwurf zu machen. Denn weit mehr Deutsche, als die Polen jetzt hinausjagen, haben allüberall in der Welt, aus den ehemaligen deutschen Kolonien wie aus allen englischen Überseegebieten, gerade die Engländer gewaltsam deportiert. Nach Deutschland in den Käfig gesetzt, dessen Gitter der Vertrag von Versailles darstellt. Angeblich sollen der englische Botschafter in Berlin und der in Warschau eine Vermittlungsaktion einleiten — wer aber hat die Gebiete, die durch deutsche Arbeit der Kultur überhaupt erst zugeführt wurden, vom Deutschen Reiche abgerissen? Das waren die „Großen Vier“ von Versailles. Sie schien Wind, jetzt ist es Sturm. Außerdem ist eine derartige englische Intervention ein feinerlei Kosten verursachendes, aber einen guten Eindruck machendes Vergnügen.

Klagen kommen, daß der überwältigend starke Strom der aus Polen verjagten deutschen Optanten — 20 000 müssen aus Polen weichen — zu unerträglichen Zuständen in den Übergangslagern geführt hat; so sind in Schneidemühl schon über 7000 Deutsche eingetroffen. Die preussische Regierung hat offenbar bis zum letzten Augenblick nicht geglaubt, daß die Polen Ernst machen würden, obwohl Deputationen der Optanten auf die Krise am 1. August hinwies. Vielleicht wäre es überhaupt besser gewesen — aus prinzipiellen Gründen —, man hätte die Ausnahme und Weiterleitung der Optanten, die Vertretung ihrer Rechte durch die Reichsverwaltung behandelt, sie also zu einer allgemein-deutschen Angelegenheit gemacht. Schon deswegen, um dadurch alle deutschen Länder an der Unterbringung der Optanten zu interessieren, denn hier liegt eine ganz selbstverständliche allgemein-deutsche Pflicht vor. Das ist ja auch die deutsche Gegenaktion.

Von dieser werden aber leider weit weniger Polen betroffen, die für ihre neue Heimat opferten und bisher in Deutschland wohnten, als Deutsche unter diesem „Austausch“ zu leiden haben. Trotz der um zwei Drittel geringeren Zahl scheinen die Vorbereitungen in Polen lediglich in — Zeitungsberühmungen, Reden und Bewillkommungsversammlungen zu bestehen, während die praktische Hilfe fast völlig versagt. Die aus Deutschland Vertriebenen — bis auf einen geringen Teil sind es Arbeiter, kleine Gewerbetreibende usw. — werden wohl einseitige Augen machen, daß sie nach Galizien abtransportiert und dort zu Kultivierungsarbeiten, also Rodungen und Sclambearbeitungen, verwendet werden sollen. Aus den rheinisch-westfälischen Städten hinüber in die nicht gerade angenehmen Gegenden Ostgaliziens! Sie werden wohl nicht gerade sehr regierungsfreundlich werden. Doch sie von der deutschen Vergeltungsmaßregel getroffen wurden und getroffen werden mußten, dafür können sie sich bei den Deutschen in Warschau, vor allem beim polnischen Westmarkenverein, bedanken. Sie haben das auch schon getan, aber in einer Weise, die den Schergen und Schürern im Verein und in der Regierung sehr unangenehm in die Ohren klang. Die deutsche Regierung hätte vorgeschlagen, sobald Optanten polnischer Nationalität in Deutschland zu belassen, als deutsche Optanten in Polen bleiben wollten. Aber nein, das hat man in Warschau höhnisch abgelehnt. Weil unter diesen deutschen Optanten sich viele Mitglieder der Intelligenz befinden, und gerade diese wollte man aus Polen unbedingt verjagen.

Gewiß hat das Wiener Abkommen den beiderseitigen Regierungen das Recht gegeben, ihre Optanten zum Verlassen des Landes, gegen das sie optiert hatten, zu zwingen. Aber die polnische Regierung war diejenige, die zuerst dieses Recht in die Wirklichkeit umsetzte. Jetzt mußten wir auf diesem Wege folgen, sollten wir nicht den letzten Rest deutschen Ansiedlers in Polen — das ja überhaupt deutschem Blut seine Befreiung von Rußland, seine Existenz verdankt — einbüßen, sollten wir nicht uns und unsere Volksgenossen jenseits der Grenzen dem Spott und der Verachtung der anderen aussetzen. Da hat jede Sentimentalität zu schweigen.

Gewiß wird es für uns schwierig sein, die aus Polen Ausgewiesenen bei uns unterzubringen, ihnen zur Neugründung einer Existenz zu verhelfen. Glücklicherweise können wenigstens die landwirtschaftlich Tätigen gerade jetzt bei uns eine Beschäftigung erhalten, geschehe es auch auf Kosten der polnischen Wanderarbeiter, deren es ja noch viele Tausende in Deutschland gibt. Schwerer wird das aber für industrielle Arbeiter, noch schwerer für Gewerbetreibende und die Männer der freien Berufe sein. Aber wir müssen es leisten können, wir müssen unsern Volksgenossen zu einer neuen Existenz verhelfen, sie, die so lange die Wacht im Osten hielten und jetzt brüderlicher Gewalt oder — Entscheidungen des Völkerbundes unterliegen mußten.

Englische Abwehr in Transjordanien.

Paris, 3. August. Da die ausländischen Drahtstämme in Transjordanien einbrachen, hat die englische Regierung Maßnahmen getroffen, um sie von einem weiteren Vordringen abzuhalten.

Großes Elend der Optanten.

Deutsche Flüchtlinge in Schneidemühl.

Die Zahl der aus Polen ausgewiesenen in Schneidemühl eintreffenden deutschen Optanten nimmt, wie eine halbamtliche Meldung besagt, in letzter Zeit erheblich zu. Die Verwaltung des Durchgangslagers in den Albatrosswerken leistet übermenschliche Arbeit, um die Optanten unterzubringen und weiterzuleiten. Die Zahl der im Lager Anwesenden wächst täglich. Im Laufe der Woche trafen täglich durchschnittlich 500 bis 600 Flüchtlinge ein, von denen jedesmal nur 200 Personen weitergeleitet und außerhalb Schneidemühs in den Provinzen untergebracht werden können. Im Lager sind zurzeit etwa 6000 bis 7000 Menschen untergebracht. Große Lastautos der Schutzpolizei und Mollwagen, auf denen die Ausgewiesenen nicht gedrängt beieinandersehen, rattern vom frühen Morgen bis zum späten Abend durch die Straße, ja selbst bis in die tiefe Nacht hinein. Das rote Kreuz hat Vorseorge getroffen, den Armen in Schneidemühl einen einigermaßen würdigen Empfang und einen erträglichen Aufenthalt zu bereiten.

Die Optantenhilfe ist vom roten Kreuz organisiert. Der Preussische Staat baut das Werk weiter aus und bewilligt die Mittel. Die Flüchtlinge schlafen auf Holzstühlen, Strohsäcken und Strohlagern. Die Hallen reichen in letzter Zeit bei weitem nicht mehr aus, den Strom der Menschenmassen unterzubringen. Deshalb mußten das Lehrerseminar und die Gebäude der 5. und 6. Gemeinderschule belegt werden. Mit einem so ansehnlichen Zustrom hätte man nicht gerechnet. Eine Nielsenarbeit ist erforderlich, die immer neu eintreffenden Flüchtlinge zu versorgen, sie unterzubringen und ihnen Arbeitsstellen zu vermitteln.

Die Ausgewiesenen wissen wohl, daß es schwer ist, sich eine neue Existenz zu schaffen, doch sie sind nicht hoffnungslos. Geduldig stehen sie in langen Reihen an, um ihr Reisegeld zu empfangen oder um Kaffee und Essen zu erhalten. Zwei Drittel der täglich Eintreffenden werden bis zum Abend weitergeleitet, nachdem sie ihre Begehrung (50 Mark für Ledige und 200 bis 400 Mark für Familien) erhalten haben.

Eine Erklärung Stresemanns. — Appell an den Reichspräsidenten.

Berlin, 2. August. In einer Unterredung, die Reichsanwalt Dr. Stresemann einem auswärtigen Pressevertreter gewährte, erklärte er zur Optantenfrage u. a.: „Die deutsche Regierung hat zwar in diplomatischen Verhandlungen im Interesse der deutschen Optanten bis zum letzten Augenblick alles versucht, um Polen zur Zurücknahme des Ausweisungsbefehls zu veranlassen, gleichzeitig aber in klarer Erkenntnis des polnischen Geisteszustandes bereits seit Monaten die Vorbereitungen für die Abwanderung der deutschen Optanten aus Polen getroffen. Ich kann nur auf das nachdrücklich betonen, daß die deutsche Regierung alles getan hat, um in der Frage der Optanten zu einer den Grundsätzen friedlichen Zusammenlebens zwischen den Völkern und der Humanität entsprechenden Lösung zu kommen. Wenn nun trotz unserer bis an die Grenze des Möglichen gegangenen Bemühungen die Welt das traurige Schauspiel mittelalterlicher

Luther an das befreite Essen.

Die Glückwünsche des Reichskanzlers.

Essen, 2. August.

Aus Anlaß der Nennung Essens sandte Reichskanzler Dr. Luther folgendes Telegramm an den Oberbürgermeister der Stadt:

„In dieser Stunde der endgültigen Befreiung gehören alle meine Gedanken der Stadt Essen und ihrer Bürgerschaft, mit der ich durch Arbeit in schwerer Zeit und durch so viel mir erwiesene Hilfe und Freundlichkeit für immer auf das innigste verbunden bin. Am Vorabend jenes unseligen 11. Januar hat sich Essens Bevölkerung in Rundgebungen von Triefe und Leidenschaft, die kein Mitgefühl erlösende Vergessen wird, zu vaterländischer Festigkeit verbunden. Im Geiste dieser Gelübde hat Essen mehr als 24 Jahre die Härten der Besatzung getragen. Auch jetzt noch drückt gerade auf Essen und den Ruhrbezirk schwere wirtschaftliche Not. Aber die endgültige Befreiung von fremdem Joch sei uns eine Verheißung für weiteres Vordringen auf dem mühevollen Wege zu Deutschlands Wiederaufstieg. — Essen Glück auf!“

Auch die Stadt Salzgburg hat der Stadtbevölkerung Essens ein Telegramm gesandt, in dem dem Wunsch Ausdruck gegeben wird, daß die Rheinlande bald nachfolgen und dauernder Friede einkehren möge.

Abbruch des Saarstreifs.

Teilerfolg der Bergarbeiter.

Saarbrücken, 2. August.

Die Konferenz der christlichen Bergarbeiter des Saargebietes beschloß mit allen gegen fünf Stimmen den Abbruch des Streiks. Auf der Konferenz der Delegierten des Deutschen Bergarbeiterverbandes (Freie Gewerkschaft) machte sich eine starke Opposition gegen den Abbruch des

Ausbreitung Tausender von Familien von Heim und Verdereichen muß, so liegt die Schuld daran wahrhaftig nicht bei uns!“

Schneidemühl, 2. August. Die in den Flüchtlingslagern untergebrachten deutschen Ausgewiesenen haben an den Reichspräsidenten und die Reichsregierung folgende Drahtung gerichtet: „Viele Hundert deutsche Optanten, durch polnische Willkürherrschaft von Haus und Hof vertrieben, erheben gegen die menschenunwürdige Behandlung, die ihnen zuteil geworden ist, stammenden Protest und bitten den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung, die unhaltbare Lage der Flüchtlinge mit allen Mitteln zu beheben, scharfe Gegenmaßnahmen gegen die in Deutschland befindlichen Polen durchzuführen, insbesondere die gleiche Anzahl Polen unter genau denselben Bedingungen sofort aus Deutschland auszuweisen.“

Belgien und der Revisionsartikel des Völkerbündpakt.

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes.

Paris, 3. August. Beträchtliches Aufsehen haben hier Berliner Meldungen erregt, wonach die belgische Regierung in ihrem Memorandum zu der deutschen Antwortnote das Recht Deutschlands, vertragliche Änderungen herbeizuführen, anerkannt hat. Die belgische Regierung sah sich angesichts der Anregung, die sich eines Teiles der französischen Öffentlichkeit aus diesem Anlaß bemächtigt hat, zu einer Rechtfertigung veranlaßt, in der es heißt, diese deutschen Meldungen seien mit großem Vorbehalt aufzunehmen. Man könne indessen nicht umhin, festzustellen, daß man Deutschland nicht für alle Ewigkeit verwehren darf, eine Revidierung der Verträge entsprechend Artikel 19 des Völkerbündpakt zu beantragen, denn es liege auf der Hand, daß die deutsche Öffentlichkeit auf die Möglichkeit von vertraglichen Änderungen bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hinweisen werde. — Es ist bezeichnend, daß der vorstehende amtliche Bericht der belgischen Telegraphenagentur kein formelles Dementi darstellt.

Kriegsrat bei Abd el Krim.

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes.

Paris, 3. August. In Jbidier hielt Abd el Krim einen Kriegsrat ab, an dem sämtliche Führer der regulären Truppen sowie sämtliche Hauptlinge der Nissämme teilnahmen. Allen Anschein nach sind hauptsächlich die spanisch-französischen Friedensbedingungen erörtert worden.

Die französisch-spanischen Friedensvorschläge überreicht.

Eigener Fernsprechdienst des Wilsdruffer Tageblattes.

Paris, 3. August. Aus Tanger wird gemeldet, daß Primo de Rivera zwei Bevollmächtigte Abd el Krims empfangen und ihnen die französisch-spanischen Friedensbedingungen überreicht habe. Daraus sind die Bevollmächtigten wieder zu Abd el Krim zurückgekehrt.

Streiks bemerkbar. Es wurde aber eine Zweidrittelmehrheit für die Fortführung des Streiks nicht erreicht. 66 Stimmen wurden für den Abbruch des Streiks abgegeben und 87 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks.

Als Ergebnis der Lohnverhandlungen teilte der Referent der Konferenz folgenden mit: Die Zulage zum Gehaltslohn von 10 Frank wurde von 55 auf 63 % erhöht. In Zukunft wird also der Durchschnittslohn 27,45 Frank pro Schicht betragen. Im allgemeinen erhöht sich der Schichtlohn um 1 bis 1,25 Frank. Bei einzelnen Arbeitergruppen erfolgt eine Höhergruppierung. Für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen wird anstatt einer 25%igen eine 50%ige Zulage gewährt. Alles in allem genommen, ist nur eine Kleinigkeit erreicht worden.

Der Vorstand der Bergarbeiter und Metallarbeitergewerkschaften des Saargebietes wendet sich an die Arbeiterschaft mit einem Aufruf, in dem es heißt, daß die Arbeit wieder aufzunehmen sei, obwohl die Lohnhöhungen gegenüber der Teuerung völlig ungenügend seien. Im Hinblick auf die allgemeine Weltlage des Bergbaus sei jedoch nicht mehr zu erreichen gewesen. So einmütig, wie der Streik begonnen, müsse er auch beendet werden.

Vertrag zwischen Danzig und Polen.

Einigung über Einfuhrverbote und Ausfuhrzölle

Zu den in Warschau gepflogenen Verhandlungen zwischen Danzig und Polen sind folgende Ergebnisse erzielt worden: Die bereits am 25. Juli erzielte und in einem Schutzprotokoll niedergelegte Einigung über die Anwendung der Einfuhrverbote gegenüber dem Deutschen Reich wurde von beiden Seiten unterzeichnet. Der Bezug ausfuhrverbote deutscher Waren für den Eigenbedarf der Freien Stadt Danzig ist im Rahmen von Kontingenten auf Grund der Einfuhrbewilligungen der Danziger Außenhandelsstelle über alle Grenzen des Zollareals nunmehr liberalfreig. Aber die